

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
 Berlin SO36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F8, Oberbaum 9491

Berlin, den 7. November 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Englische Wahlen kein Grund zu reaktionärem Jubel

Die Wahlniederlage der englischen Arbeiterpartei hat in der deutschen Rechtspresse einen Jubel ausgelöst, als gelte es, den eigenen entscheidenden Sieg zu feiern. Das Schicksal der englischen Arbeiterpartei war für sie gleichbedeutend mit der „Vernichtung des Marxismus“ und dem Zusammenbruch der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Harzburger Reaktionäre träumen schon von dem nahen Zeitpunkt, an dem sie der deutschen Arbeiterbewegung die gleiche Niederlage bereiten können.

Gewiß: Die englische Arbeiterpartei hat eine unerwartet schwere parlamentarische Niederlage erlitten. Der Sieg der Konservativen übersteigt selbst die kühnsten Erwartungen ihrer eigenen Führer. Aber die Dezimierung der Arbeiteropposition bis auf ein Zehntel aller Sitze und die Aufblähung der Konservativen Partei bis zu einer Dreiviertelmehrheit im englischen Parlament stehen in kräftem Widerspruch zu den stimmenmäßigen Ergebnissen dieser Wahl. Rund 6 700 000 Stimmen, das sind 20 Proz. weniger als vor 2 1/2 Jahren, hat die Arbeiterpartei bei dieser Wahl erhalten. Ein Drittel der gesamten Wählerschaft bekennt sich also nach wie vor zur Arbeiterpartei. Ihren Sieg verdankt die „nationale Regierung“ dem eigenartigen Wahlsystem, das durch die Zusammenarbeit aller nationalen Gruppen, in erster Linie aber der Konservativen und Liberalen, die völlige Isolierung und entscheidende Schwächung der Arbeiterpartei möglich machte. In mehr als 300 — rund der Hälfte — aller Wahlkreise hatten die verbündeten Gegner der Arbeiterpartei nur einen Sammelkandidaten aufgestellt und damit von vornherein das Schicksal der Arbeiterkandidaten festgelegt.

Wenn somit von einem Zusammenbruch der Arbeiterpartei überhaupt keine Rede sein kann, so bleibt doch die zweifellos für die zukünftige Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Europas entscheidende Tatsache übrig, daß in den nächsten Jahren die Arbeiterpartei im englischen Parlament eine Oppositionsgruppe von hoffnungsloser Schwäche sein wird. Schon heute zeigt sich in England eine starke Kagenjammerstimmung. Konservative Führer und Zeitungen sprechen offen davon, daß ihr Erfolg zu groß ausgefallen sei. Die Zahl der Stimmen aus dem Siegerlager, die vor zu großer Freude über den Wahlsieg warnen, mehren sich, und selbst Macdonald erließ unmittelbar nach der Feststellung des Wahlergebnisses eine Proklamation an das englische Volk, in der er u. a. sagte:

„Das Maß der Eindringlichkeit, das die Kundgebung dieses Willens angenommen hat, könnte zur Verlegenheit werden. Aber ich appelliere an eure Geduld und an euer Vertrauen. Wenn die Nation eingesehen hat, daß unsere Aufgabe schwer ist, so werden wir hoffentlich der Nation unsererseits den Beweis liefern, daß wir, die wir verschiedenen Parteien angehören, einig in Herz und

Seele unser Bestes tun werden, die Schwierigkeiten der Nation zu überwinden. Meinen politischen Freunden, die eine so ungewöhnliche Niederlage erlitten haben, gebe ich ebenso wie all denen, die uns geholfen haben, den Sieg zu erlangen, die Versicherung, daß unser Triumph in keiner Weise bedeutet, daß wir die Interessen oder den Gesichtspunkt der arbeitenden Massen bei der Durchführung unserer Aufgabe aus den Augen verlieren werden.“

Es wird Aufgabe der englischen Arbeiterpartei selbst sein, aus diesem Wahlausgang die für ihre Organisationen und für ihre zukünftige Politik notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir sind sicher, daß die englische Arbeiterbewegung über Kräfte verfügt, die sie befähigen, in den nächsten Jahren die schwere Niederlage wettzumachen und ihre Kräfte wieder bei späteren, die Zukunft Europas bestimmenden Entscheidungen, in die Waagschale zu werfen.

Wenn aber die deutsche Rechtspresse über den Wahlsieg der Konservativen jubelt, dann ist das wieder einmal ein Beweis, wie wenig diese Kreise in Wahrheit „nationale Interessen“ des deutschen Volkes vertreten. Der politische Umschwung in England — darüber kann nach dem Wahlergebnis gar kein Zweifel bestehen — wird die Lage des deutschen Volkes keineswegs verbessern, sondern im Gegenteil unsere Sorgen in der kommenden Zeit schon ganz erheblich vermehren. Es ist eine völlige Verkennung der politischen Verhältnisse, das englische Wahlergebnis in Anlehnung an die innerpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland zu beurteilen. Hier ist ein Vergleich überhaupt nicht möglich. Der Wahlkampf stand ausschließlich im Zeichen der Pfundkrise und der Kämpfe um den Schutzzoll. Vielleicht noch stärker als die Pfundkrise dürfte die Frage der Schutzzölle das Resultat bestimmt haben; denn die Fortführung der Inflation ist sowohl von den Gruppen der nationalen Regierung wie auch von der Arbeiterpartei bekämpft worden. Am stärksten trennten sich die beiden Gegner in der Frage der Schutzzollpolitik und natürlich in allen die Sozialpolitik berührenden Forderungen.

Die Arbeiterpartei hat als einzige große Gruppe offen und rücksichtslos für die Fortführung des Freihandels gekämpft, während die Konservativen hohe Zollmauern forderten, um die Einfuhr ausländischer Waren, insbesondere die zunehmende Einfuhr deutscher Erzeugnisse abzdrosseln und dadurch die eigene englische Produktion neu zu beleben.

England ist in den letzten Jahren einer der besten Außenhandelskunden der deutschen Wirtschaft geworden. Unsere Wirtschaft hat nach dem englischen Inselreich im Jahre 1930 für 1219 Millionen Mark Waren ausgeführt. In demselben Jahr betrug die Einfuhr englischer Waren in Deutschland nur 639 Millionen Mark. Unsere Ausfuhr war doppelt so hoch wie die

Einfuhr. Ein günstiges Verhältnis, wie es nur bei ganz wenigen Ausfuhrländern für uns besteht. Zählt man aber zu der Ausfuhr nach dem englischen Inselreich auch noch unseren Absatz in den politischen Hoheitsgebieten Englands in Indien, Kanada, Australien und Afrika hinzu, so ergibt sich, daß die deutsche Wirtschaft im Jahre 1930 in allen Gebieten des britischen Imperiums für fast 2 Milliarden Mark Waren abgesetzt hat. Der Sieg der Konservativen wird in aller Kürze England zu einer Schutzollpolitik zwingen, über deren Ausmaß höchstens für die allernächste Zeit noch Zweifel bestehen können. Englische Wirtschaftskreise haben schon im Wahlkampf angekündigt, daß der Sieg der Konservativen die entbehrliche ausländische Wareneinfuhr nach England bereits im ersten Jahr bis zu 60 Proz. drosseln würde.

Gegenüber unserer Ausfuhr nach England sind unsere Handelsbeziehungen zu anderen Ländern, die in der Öffentlichkeit als besonders gute Kunden angesehen werden, geradezu kläglich. So haben wir im Jahre 1930 nach Rußland insgesamt nur für 451 Millionen Mark Waren ausgeführt. Dabei ist Rußland einer der schlimmsten Preisdrücker unter unseren Auslandskunden. Die Arbeiter der Werke, die russische Aufträge haben, können ein Lied davon singen, wie diese Vergewaltigungen benutzt worden sind, ihre Löhne um Prozentätze herabzudrücken, die weit über die allgemeinen von den Schlichtern durchgesetzten Lohnkürzungen hinausgehen. Aber auch die Zahlungsbedingungen, die Deutschland den Russen einräumen muß, sind so ungünstig, daß man vielfach kaum von einem wirklichen Geschäft für die deutsche Wirtschaft reden kann. Die russischen Aufträge werden bekanntlich durch eine Garantie der Reichsregierung gestützt; ebenfalls Umstände, die so recht erkennen lassen, wie wertvoll demgegenüber die guten Handelsbeziehungen zu der kaufkräftigeren englischen Wirtschaft sind.

Die englischen Schutzöllner, also in erster Linie die Konservativen, haben aber im Wahlkampf immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie sich mit der Drosselung der Einfuhr nicht begnügen wollen, sondern auf den überseeischen Gebieten mit den anderen Wirtschaftsmächten in eine viel stärkere Konkurrenz treten werden. Das ist natürlich das gute Recht der Engländer, das ihnen niemand bestreiten wird. Aber es kommt darauf an, mit welchen Mitteln diese Konkurrenz arbeiten, und gegen wen sie in erster Linie gerichtet sein wird. Hier haben wir bereits aus der Entwicklung der letzten Wochen einen Vorgeschmack bekommen von dem, was uns in der nächsten Zeit noch bevorsteht. Der Sturz der englischen Währung hat die Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt für Deutschland schon ganz erheblich verschlechtert. Die Konservativen haben angekündigt, daß sie nach ihrem Siege die Währung stabilisieren werden und dabei wahrscheinlich den Wert des Pfundes um mindestens ein Fünftel senken wollen. Diese Maßnahmen werden neue Erschwerungen für die deutsche Ausfuhr bringen. England kann uns in allen Ausfuhrgebieten nach überseeischen Ländern mit Rücksicht auf seine guten Verkehrsbeziehungen eine immer gefährlicher werdende Konkurrenz bereiten. Die Entwertung des Pfundes hat eine automatische Herabsetzung des Preisniveaus zur Folge gehabt. Der bereits eingetretene Rückgang der Arbeitslosigkeit in England und die Zunahme der englischen Konkurrenz auf den Weltmärkten in den letzten Wochen sind die ersten Auswirkungen dieses Vorgangs.

Die ersten Klagen aus der deutschen Wirtschaft liegen bereits vor. Aus dem Ruhrbergbau wird gemeldet, daß der Rückgang des englischen Pfundes um etwa 20 Proz. die englische Kohle gegenüber der deutschen konkurrenzfähiger gemacht habe, und daß bereits fühlbar das Vordringen englischer Kohle in bisher deutsche Absatzgebiete festgestellt worden ist. Aus anderen Ländern kommen ähnliche Mit-

teilungen. In Holland haben bereits Fabriken geschlossen, ihre Arbeiter entlassen und ihre Produktion vorläufig nach England verlegt. Zwar gibt es auch einige für den Augenblick zwar erfreuliche, für die Zukunft aber recht sorgenvolle Mitteilungen. So haben viele englische Kaufleute in den letzten Tagen erhebliche Warenmengen aus Deutschland nach England eingeführt in der Absicht, noch vor Verwirklichung der Zollschutzpläne der englischen Konservativen sich mit erheblichen Vorräten einzudecken. Alles Anzeichen, die die ersten Bestätigungen der erwarteten Befürchtungen bringen.

Diesem wird Macdonald versuchen, dem Schicksal zu entgehen, innerlich vollständig mit seinem alten freihändlerischen Geist zu brechen. Dem steht allerdings die Tatsache gegenüber, daß die Konservativen ihren Sieg mit in erster Linie durch ihre Schutzollforderungen errungen haben und nun kaum ihre Wähler durch einen Verzicht auf die Durchführung dieser Forderungen täuschen werden. Je größer ein Erfolg ist, desto stärker sind auch die Bindungen zu den Ideen, die diesen Erfolg erst ausgelöst haben. Wir stehen vor einer schweren Niederlage der Anhänger des Freihandels in England und vor der unumstößlichen Gewißheit, daß die siegreichen Schutzöllner ihren Erfolg mit vollen Kräften ausnützen werden.

Nun stellen wir uns folgendes vor: In England wird eine Wahlschlacht geschlagen, wie sie in der vielhundertjährigen Geschichte dieses ältesten parlamentarischen Regimes der Welt noch nicht ausgekämpft wurde. Auf der einen Seite die um den sozialen Fortschritt kämpfende Arbeiterpartei als Gegner aller Schutzöllle und auf der anderen Seite die Konservativen mit nur einem Ziel im Auge, Englands wirtschaftliche Vormachtstellung aus früheren Jahren wieder zurückzuerobern. Auf keinem Plakat und in keiner Wahlrede der Konservativen hat der Hinweis auf Deutschland gefehlt. Immer wieder wurde mit Bitternis zum Ausdruck gebracht, daß im Jahre 1930 der deutsche Außenhandel den Englands zum ersten Male in der Geschichte überschritten habe, daß die Einfuhr deutscher Waren nach England seit 1925 von Jahr zu Jahr weiter gesteigert worden sei. Die Parteien, die mit diesen Parolen gearbeitet haben, haben den Sieg davongetragen. Und was geschieht nun in Deutschland? Der Sieg dieser Partei, der sich wirtschaftlich gesehen, in erster Linie gegen den deutschen Absatz auf dem Weltmarkt auswirken wird, wird von den deutschen Nationalisten bejubelt als ein Triumph ihrer Idee und als ein Vorläufer für den Enderfolg der deutschen Nationalisten. Größere politische Verblendung ist gar nicht mehr vorstellbar, als den Sieg einer Bewegung zu feiern, die mit ihren wirtschaftlichen Zielen die deutsche Not noch erheblich vergrößern muß.

Die deutschen Nationalisten haben wieder einmal den Beweis erbracht, daß ihnen die wirtschaftlichen Sorgen des deutschen Volkes vollkommen gleichgültig sind. Sie kämpfen nur, um eine politische Herrschaft in Deutschland zu errichten, die die Arbeiterbewegung niederdrücken und alle fortschrittlichen, politischen und sozialen Regungen ersticken soll.

Aber auch die notorische Hilfstruppe der Reaktion, die KPD., hat ein Triumphgeheul anlässlich der Mandatsverluste der englischen Arbeiterpartei angestimmt, obgleich sie selbst ganze 60 000 Stimmen und kein Mandat erhielt!

Die deutsche Arbeiterschaft muß also erkennen, daß sie nun erst recht verpflichtet ist, ihre Kräfte zu mobilisieren und ihre Organisationen zu stärken und auszubauen. Wir sind heute nach dem Ausgang der englischen Wahlen noch mehr als vor dem dazu berufen, in den kommenden Entscheidungen der zukünftigen Entwicklung die Wendung zu geben, die die Arbeiterschaft vor dem politischen und sozialen Untergang bewahrt.

R. Sengersdorff.

# Schiedspruch für Gemeindearbeiter und Straßenbahner

Nachdem bereits in der Tagespresse bekanntgegeben war, daß der Reichsarbeitsgeberverband eine Lohnsenkung von 9 Proz. forderte, war die Entrüstung unserer Kollegen mit Recht aufs Äußerste gestiegen. Zweimal sind bereits erhebliche Abzüge erfolgt. Dazu kam für viele tausende Kollegen die weitere erhebliche Minderung ihres Einkommens durch Arbeitszeitverkürzung, Fortfall einer Wechselschicht usw.

Wenn wir zunächst auch geneigt waren, die Forderung der Arbeitgebervertreter nicht ernst zu nehmen, stellte sich doch bei den langwierigen mehr denn dreitägigen Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium heraus, daß von unseren wirtschaftlichen Gegnern mit einem Eifer und mit einer Unentwegtheit gekämpft wurde, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. — Von unserer Seite wurden in das

Schiedsgericht die Kollegen Polenske, Orlopp und Kemptner geschickt, von den Christlichen Peter Dedenbach. Den Vorsitz führte Regierungsdirektor Friedländer, Steffin, der als amtlicher Schlichter vom RAM. bestimmt war. — Die beiden Reichstarifkommissionen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner sowie die beteiligten Bezirksleiter usw. wohnten den Verhandlungen teilweise beratend bei in Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung dieses Schiedspruches für alle Bezirke unseres Verbandes. — Während bislang nur die Reichsmantelverträge zentral geführt wurden, sollten nun zum erstenmal auch die Lohnfragen zentral geregelt werden. Dabei hat sich das bisherige System der bezirklichen Lohnregelung sehr gut bewährt und die von den Arbeitgebern auch neuerdings in den Vordergrund gestellte „elastische Regelung“ nach bezirklichen und örtlichen Verhältnissen ermöglicht. — Aber die Notverordnung vom 6. Oktober

1931 wies gewissermaßen zwangsläufig für diesmal auf den zentralen Weg, zumal auch der bisherige Tarif bereits am 31. Oktober 1931 abließ und ein tarifloser Zustand für beide Teile auch nur für Tage nicht erträglich schien. — Senator Weber begründete namens der Arbeitgeber die Notwendigkeit eines neunprozentigen Lohnabzuges infolge der katastrophalen Finanzlage der Gemeinden. Der Redner betonte, daß die Eingriffe in das Tarifrecht auch den Arbeitgebern höchst unerwünscht seien und daß der ungenügende Finanzausgleich die Gemeinden zwangsläufig zu solchen Forderungen zwingt.

In seinen großzügig angelegten Ausführungen schilderte dann Kollege Polenske namens aller Arbeitnehmer die Ungeheuerlichkeit der Forderungen der Arbeitgeber. Aber auch die Senkung nach den Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 muß von uns als untragbar abgelehnt werden. Weitere Ergänzungen machten die Kollegen Kemptner für die Straßenbahner, Banzh, Stuttgart, und Winkel, Köln, sowie Dedenbach. Nach diesen ausführlichen durch reiches Zahlenmaterial begründeten Erwiderungen auf Arbeitnehmerseite wurde die Generaldebatte geschlossen und das Schiedsgericht trat in Funktion. Hier wurde erneut von unseren Kollegen eindringlich dargelegt, daß weitere Lohnabzüge untragbar seien. — Die Verhandlungen endeten mit folgendem Schiedspruch:

1. Sämtliche bezirklichen und örtlichen Lohnverträge und Lohnregelungen, die durch das Abkommen vom 22. August 1931 mit dem 31. Oktober 1931 außer Kraft gesetzt sind, treten mit Wirkung vom 1. November 1931 wieder in Kraft mit folgender Maßgabe:

1. Die am 31. Oktober 1931 bestehenden Stunden-, Tage-, Wochen- und Monatslöhne ermäßigen sich um 4½ Proz.

2. Die Lohnschußklauseln werden dahin abgeändert, daß ihre Bestimmung ab 1. November 1931 nur auf die am 1. November 1931 in den Betrieben befindlichen Arbeiter angewendet werden, die 46 Stunden und weniger, ab 1. Januar 1932 44 Stunden und weniger arbeiten. Der Arbeitsverdienst darf jedoch in diesen Fällen nicht höher sein, als der eines gleichgearteten Arbeiters bei längerer Wochenarbeitszeit auf Bezahlung nach den gekürzten Lohnfüßen. Auf neu eingestellte Arbeiter finden die Lohnschußklauseln keine Anwendung mehr. Soweit für die unter § 2 RM. G VIII oder § 2 RM. D 5 fallenden Betriebe und für einzelne Straßenbahnen besondere Verhältnisse vorliegen, können die Parteien bezüglich der

Stundenlöhne eine den bezirklichen oder örtlichen Verhältnissen angepaßte Abänderung im Einverständnis mit einander vereinbaren.

II. Diese Regelung kann mit einmonatiger Frist zum Monatschluß, erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden. — Gründe: Die Schlichterkammer hielt eine tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter im Rahmen der §§ 6 und 7 der Zweiten Gehaltshürungsverordnung (Notverordnung vom 5. Juni 1931 in der Fassung vom 6. Oktober 1931) für notwendig. Die vorgeschlagene Regelung entspricht den im § 7 Absatz 1 und 4 der genannten Verordnung aufgestellten Grundsätzen. Eine darüber hinaus gehende allgemeine Lohnminderung, wie sie von Arbeitgeberseite gefordert wurde, hielt die Schlichterkammer

nicht für gerechtfertigt. Die Schlichterkammer hält weiterhin grundsätzlich eine Aufhebung der in den abgelassenen Tarifverträgen enthaltenen Lohnschußklauseln für erforderlich. Da sich aus ihrer vollständigen Aufhebung aber für den einzelnen Arbeiter im Zusammenhang mit der allgemeinen Lohnkürzung zur Zeit eine für ihn untragbare Verschlechterung ergeben würde, hat die Schlichterkammer unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen sich auf die im Schiedspruch vorgesehene Regelung beschränkt. — Erklärungsfrist bis zum 7. November 1931 einschließlich, mittags 12 Uhr, gegenüber dem Schlichter, zu Händen des Reichsarbeitsministeriums.

Am Sonntag, dem 1. November, nahmen die Bezirksleiter sowie die beiden Tarifkommissionen und Vertreter unseres Verbandsvorstandes unter dem Vorsitz des Kollegen Oswald Schumann zu dem Schiedspruch Stellung und beschlossen, die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs den Bezirken zu überweisen.

Im Laufe dieser Woche werden überall in den Bezirkskonferenzen ausführliche Berichte über die Auswirkung des Schiedspruchs in allen Einzelheiten von Vertretern des Verbandsvorstandes gegeben. Als dann wird die Entscheidung dort erfolgen und dem Verbandsvorstand bis spätestens zum 6. November 1931 zugestellt werden, da die Erklärungsfrist am 7. November 1931 abläuft.

Möge aber der Entscheid wie immer ausfallen, unsere Kollegen müssen jetzt alles tun, um die straffste Geschlossenheit unserer Organisation in diesen schweren Tagen zu gewährleisten. ed

## Reichs- und Staatsarbeiter

sind im Gesamt-Verband in der Abteilung „Reichs- und Staatsbetriebe“ organisiert. Viele Tausende Reichs- und Staatsarbeiter haben aber bis heute den Weg zur Gewerkschaft noch nicht gefunden. — Warum nicht? Sind sie etwa von der Organisation schlecht behandelt worden? Im Gegenteil. Auch diejenigen, die uns heute noch fernstehen, interessellos durch die Welt laufen und oftmals die Gewerkschaft beschimpfen, haben alle die Erfolge eingeheimst, die in den letzten Jahren gerade für die Reichs- und Staatsarbeiter errungen werden konnten. Auch die Unorganisierten können alljährlich in Urlaub gehen, erhalten Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, auch ihre Löhne sind tarifvertraglich geregelt. Die von der Gewerkschaft geschaffene Zusatzversorgungsanstalt bietet auch ihnen über ihr Arbeitsverhältnis hinaus einen Lebensabend, wo sie wenigstens nicht gezwungen sind, auf Almosen angewiesen zu sein, wie das früher der Fall war. Aus all diesen Gründen muß

### Jeder Arbeitnehmer in Reichs- und Staatsbetrieben hinein in die Organisation!

Am Ende der Werbeaktion darf es keinen unorganisierten Reichs- und Staatsarbeiter mehr geben. Dieser Gedanke muß in den nächsten Tagen und Wochen jeden beherrschen, dann muß und wird das Werk gelingen!

*A. Steffin*

# Zum 9. November



zum dreizehnten Male jährt sich der deutsche Revolutionstag des 9. November 1918. Ein Glück, daß unsere Leser nicht abergläubisch sind; denn die Novembertage 1931 wären wahrlich dazu angetan, als Unglückstage für die Arbeiterschaft zu gelten. — Aber haben wir nicht doch ebenso schlimme Zeiten hinter uns? Denken wir einen Augenblick an den unseligen Weltkrieg, der schier kein Ende nehmen wollte, so daß mancher in allem Ernst glaubte, die Menschheit werde sich so lange mit Bomben und Granaten gegenseitig abmurksen, bis aus diesem „Stahlbad“ nichts als eine elende Wüste übrig bliebe. — Etwa wie im Dreißigjährigen Kriege, wo ganze Provinzen und Länder auf mehr denn hundert Jahre verwüstet und verödet geblieben sind. — Wider Erwarten ging nach Friedensschluß der wirtschaftliche Aufstieg verblüffend schnell vor sich. Während die Siegerländer wochen- und monatelang darüber brüteten, welchen „Siegerfrieden“ sie den unterlegenen Völkern als Höchstmaß auferlegen könnten und so das Versailler Friedensdiktat vorbereiteten, vollzog sich in den Novembertagen 1918 eine allgewaltige Umstellung, die auch heute noch trotz aller Herabsetzung ihrer Feinde als die deutsche Revolutionszeit bezeichnet werden muß. Erfreulicherweise kam es — außer den örtlichen Straßenplänkeleien — zu keinem größeren Bürgerkrieg; denn die Reaktion war entweder mit blauer Brille über die Grenze geflüchtet oder hatte sich in ihre Schlupfwinkel zurückgezogen. Auf der ganzen Linie entschied die zumeist sozialistisch gesinnte Arbeiterschaft über die neue politische Gestaltung der deutschen Republik. Der Achtstundentag wurde proklamiert, das freie Koalitionsrecht durchgeführt und viele andere Errungenschaften erreicht, die andernfalls im zähen Kampfe der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei Jahrzehnte benötigt hätten. \* \* \*

Um diese Revolutionserrungenschaften zu erhalten und weiter auszubauen, wäre aber erforderlich gewesen: unbedingte einheitliche Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft. Statt dessen kam sehr bald der Zwiespalt. Er begann mit „Spartakus“ und endete mit bürgerkriegsähnlichen Vorgängen in Sachsen, Thüringen, Berlin und anderen Städten. Es mag wohl sein, daß auch die Volksbeauftragten und die provisorische Regierung manche falsche Maßnahme ergriffen und zahlreiche Fehler machten; denn — auch Regieren will gelernt sein. Aber die grundsätzliche Forderung für baldige Herbeiführung einer Nationalversammlung war doch richtig. Der Wille des deutschen Volkes manifestierte sich in den Wahlziffern für diese Nationalversammlung. Die Sozialdemokraten zählten 11 509 100 Stimmen und rund 163 Mandate, dazu kamen 2 317 300 Stimmen und 22 Mandate der USPD. Die Bürgerlichen zählten 16 573 900 Stimmen und 236 Mandate. Es mußte mit Hilfe dieser Nationalversammlung in Weimar möglich sein, eine Verfassung zu schaffen, die vom fortschrittlichsten Geist erfüllt und die Tendenz zur sozialen Republik aufweisen konnte. In der Tat darf auch heute noch die Weimarer Verfassung als einer der fortgeschrittensten Gesetzgebungsakte aller Länder bezeichnet werden. Leider ist sie zu erheblichen Teilen nicht durchgeführt. Andere Teile sind durch Notverordnungen, Auslegungen usw. verändert oder außer Kraft gesetzt, so daß heute fast nur ein Torso davon gilt. Immerhin haben wir noch das volle Koalitionsrecht und den gesetzlichen Achtstundentag, soweit nicht die Rationalisierung und die Wirtschaftskrise in den letzten Jahren die Frage der Arbeitszeit auf eine völlig neue Linie gebracht haben. Denn heute fordern die Gewerkschaften als gesetzliche Höchstarbeitszeit die Vierzigstundenwoche! Aber das freie Wahlrecht für alle Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden mit der Ausdehnung auf die Frauen und Jugendlichen (vom 21. Jahre ab) besteht auch heute noch nach dem Verhältniswahlssystem. Der Arbeiterschutz und die soziale Gesetzgebung sind erheblich durch Novellen ausgedehnt worden. Arbeitslosenunterstützung wurde geschaffen, die später zur Arbeitslosenversicherung umgewandelt wurde und nun leider in den letzten Jahren einen systematischen Abbau erfahren hat. Das Organisationsrecht der Beamten ist eine Revolutionserrungenschaft. Ebenso die gesetzliche Basis für das Tarifrecht, das gegenwärtig heftig umkämpft wird. \* \* \*

Die gewerkschaftlichen organisatorischen Heerhaufen füllten sich bald nach der Revolutionszeit in ungeheurem Ausmaß. Von den zweieinhalb Millionen der Vorkriegszeit ging nahezu eine Million durch Kriegsnot usw. verloren. Aber nun wuchs das Heer der Organisierten in wenigen Monaten zu fünf Millionen und brachte es sogar in der Blütezeit 1921/1922 zu mehr denn acht Millionen Freigewerkschaftern. Zählt man — wie recht und billig — die Christen und Hirsche sowie die organisierten Beamten und Angestellten hinzu, so betrug das Gesamtheer aller gewerkschaftlich Organisierten um diese Zeit 11 bis 12 Millionen! \* \* \*

Eine Feuerprobe ihrer Kraft bewies die Arbeiterschaft in den Märztagen 1920, als die damaligen „Nationalsozialisten“ den Kapp-Putsch ausführten, der in wenigen Tagen lahmgelegt wurde durch den Generalstreik der Massen aller Arbeitenden, auch der Beamten und Behörden! Die Reaktion wurde wieder in ihre Schlupfwinkel zurückgeworfen. Nun konnte mit vereinter Kraft erneut die Aufbauarbeit beginnen. Aber allzu lange währte der Aufstieg nicht. Der Versailler Friedensvertrag brachte ungeheure Belastungen der deutschen Wirtschaft. Unsere deutsche Mark war bis zum Jahre 1921 auf den siebenten Teil ihres Friedenswertes heruntergesunken. Nun kam ihr Verfall, insbesondere als durch die bürgerliche Cuno-Regierung und die Treibereien der Schwerindustriellen-„Wirtschaftsführer“ einerseits und die unbegrenzte Machtgier des französischen Nationalismus andererseits, die Ruhrbesetzung erfolgte. Erneut hatten wir den Bürgerkrieg in einzelnen Provinzen. Besonders kam es in Bayern und später im Rheinland zu so heftigen Zusammenstößen, daß ein neues Absinken der Mark den weiteren Anstoß zu der deutschen Inflation gab.

Diese deutsche Inflation ist einzigartig in der Weltgeschichte und darf getrost als Schreckenszeit neben den Weltkrieg gestellt werden. Wißt ihr noch, was damals war? Wohl gab es Waren vom Auslande und im Inland in Hülle und Fülle, aber wer keine wertvollen Tauschobjekte und Devisen hatte, der konnte elendig mit seiner Familie zugrunde gehen bei steter dauernder Arbeit! In der ersten Zeit der Inflation war die Arbeitslosigkeit nicht einmal so ungeheuer, aber die Arbeiter erhielten, hoch gerechnet, pro Woche in dieser Zeit der Hochinflation 5,— Mk., womit sie naturgemäß nicht einmal ihren Hunger stillen konnten.

Diese Zeit haben Stinnes und andere schwerindustrielle Scharfmacher damals freudig begrüßt und herbeiführen helfen. Heute spielen die Hugenberg-, Vögler- und Thyssen-Leute trotz zeitweiligen Ableugnens mit dem Gedanken einer zweiten deutschen Inflation durch die Binnenmark, und auch die Hitler-Leute haben bis in die letzten Tage hinein erklärt, daß sie ein „neues Geldsystem“ schaffen würden, was natürlich im Zeitalter der Weltwirtschaft stärkste inflationistische Auswirkung haben müßte. \* \* \*

Die Inflationszeit 1923 ist gleichzeitig die Zeit der gewerkschaftlichen Ohnmacht. Fast der gesamte Organisations- und Agitationsapparat der Arbeiterschaft lag danieder. Keine Möglichkeit des ergeren Zusammenhaltens, die Beiträge flossen verspätet und damit völlig entwertet ein. Es war kaum möglich, zu den Kollegen durch Presse oder Versammlung zu sprechen. Nachdem in den Wochen und Monaten vorher fast allwöchentlich Lohnbewegungen mit „papiernen“ Erfolgen durchgesetzt waren, konnte dadurch das tatsächliche fürchterliche Elend weder gemindert

# Unverzagt trotz alledem!

noch verhindert werden. Unsere Forderung auf Gold- und Lebensindexlohn war infolge unserer gewerkschaftlichen Schwäche damals leider nicht durchzuführen. — In seinem Siegerübermut bescherte uns dann das Unternehmertum und die reaktionäre bürgerliche Regierung am 23. Dezember 1923 auch noch die Aufhebung des Achtstundentages, Verlängerung des Schichtensystems in der Eisenindustrie usw. von acht auf zwölf Stunden! \* \* \*

So bedurfte es Anfang 1924 aller gewerkschaftlichen und politischen Kräfte, um den Wiederaufstieg der deutschen Arbeiterschaft gewerkschaftlich und politisch in die Wege zu leiten. Es gelang. In kürzester Frist reihten sich die gewerkschaftlichen Bataillone aneinander. Eine günstigere Wirtschaftskonjunktur setzte ein. Aber das Unternehmertum behauptete, nicht genügend konkurrenzfähig mit Amerika zu sein. Es wurde der große Feldzug für die Rationalisierung unternommen mit dem Erfolge, daß die gewonnenen Milliarden, die den Massen des Volkes in der Inflationszeit geraubt waren, nun zu erheblichem Teil für Maschinen und Vergrößerung der Produktion investiert wurden. Daneben blieb freilich eine erhebliche Quote für den immer ungeheuerlicher werdenden Luxusbedarf der Aktionäre und Kapitalbesitzer jeglicher Art. Jetzt erkennt das deutsche Unternehmertum die Fehlinvestitionen (Kapitalfehlleitungen) an und hat den traurigen Mut (wie jüngst in der „Bergwerks-Zeitung“), auch noch die Gewerkschaftsführer dafür verantwortlich zu machen, die damals die „treibenden Kräfte“ für die Rationalisierung gewesen seien. Es geht nichts über Geschichtsfälschungsversuche. \* \* \*

Immerhin ist die Linie des Lohn- und Gehaltsaufstiegs von 1924 bis 1930 recht erfreulich gewesen für den verbesserten Lebensstandard der Massen. Wir hätten freilich noch weit mehr erreichen können, wenn anstatt der etwa fünf Millionen Organisierten die dreifache Anzahl von Arbeitnehmern hinter unseren gewerkschaftlichen Fahnen marschieren würde. Statt dessen ist die Zersplitterung der Arbeitnehmerschaft ungeheuer groß. Abgesehen von der weltanschaulichen Trennung, die schon schlimm genug ist, dazu auch noch die politische, so daß wir oft genug bei unseren gewerkschaftlichen Kämpfen den Feind im Rücken hatten. Bei alledem befindet sich bis zur Stunde unser Gesamt-Verband in gutem Zusammenhalt. Wir haben manchen Ansturm der Gegner abschlagen können. Wenn man bedenkt, daß die Weltwirtschaftskrise nicht durch ein Wundermittel in irgendeinem Lande geheilt werden kann, so liegt kein Anlaß zum Verzweifeln vor. Wir müssen vielmehr unser Werbeprogramm, das am 1. Oktober 1931 aufgestellt wurde, spätestens zum 1. Januar 1932 erreichen:

## Die Organisation der Siebenhunderttausend

Inzwischen sind die Arbeitslosenziffern sprunghaft gestiegen und weisen bereits wieder viereinhalb Millionen Arbeitslose auf. Der kommende Winter wird die Rekordzahl des vorigen von fünf Millionen sicher noch überholen. Die Methoden der bürgerlichen Brüning-Regierung, mit Notverordnungen, die hauptsächlich die Massen belasten, den Schwierigkeiten beizukommen, werden von uns Gewerkschaftern nicht gut geheißen. Wenn trotzdem die Brüning-Regierung in diesen Oktobertagen „toleriert“ wurde, so einzig aus dem Grunde, um nicht die Harzburger Hugenberg-Hitler-Fronde an die Regierung kommen zu lassen. Die Harzburger Tagung sowohl als auch die ungeheuerlich skandalösen Vorgänge des nationalsozialistischen Bürgerkriegs in Braunschweigs beweisen uns klipp und klar, daß wir dem Faschismus gegenüber alles daransetzen müssen, um ihn nicht zur Regierung kommen zu lassen. Wenige Tage einer Hugenberg-Hitler-Regierung würden ein wirtschaftliches und soziales Trümmerfeld bringen. Ob wir Gewerkschaften unsere ganzen Kräfte nur im Wiederaufbau von Trümmern verbrauchen sollen oder nicht besser vorbeugend alles daransetzen, einen solchen nationalsozialistischen Einbruch zu verhindern, sollte jedem klar sein. \* \*

Jahrelang ist gegen die öffentliche Wirtschaft — gegen Gemeinde-, Staats- und Reichsbetriebe gehetzt worden von seiten des Unternehmertums. Die bezahlten Organe der Schwerindustrie konnten sich nicht genug daran tun, um die angeblichen Mängel dieser Betriebe einerseits und den angeblichen Luxus andererseits in den Vordergrund zu rücken. Inzwischen sind ungezählte Skandale der Privatwirtschaft aufgedeckt. Die Stichworte Nordwolle-Lahusen, Favag-Frankfurt, Deva-Heim, Schultheiß-Patzenhofer beweisen die absolute Unzulänglichkeit privatkapitalistischer Wirtschaft. Und wenn es noch weiterer Beweise für unsere Forderung einer scharfen Bankenkontrolle bedurfte, so sind es die Finanzskandale aus jüngster Zeit von der Danat-Bank bis zur Dresdner Bank. Das deutsche Volk ist seit den Septembertagen 1930 aus seiner Verwirrung nicht herausgekommen. Viele Scharlatane empfehlen ihm die Wundermittel einer Eisenbartkur. Die einen wollen mit Gewalt das „Dritte Reich“ unter Hitler mit „Binnenmark“ (neuer Inflation), Ständeverfassung und Niederhaltung der Arbeiterschaft. Die andern, KPD. und RGO., wollen ebenfalls mit Gewaltmitteln russische Verhältnisse nach Deutschland übertragen, mit Diktatur, Bürgerkrieg und — gewollt oder ungewollt — Krieg gegen die Westmächte. Die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie wollen weder das eine noch das andere. Wenn die momentane Verwirrung auch noch ziemlich groß ist, so müssen wir dabei berücksichtigen, daß das deutsche Volk im November 1931 sich in einem Fieberzustand befindet. Die Not und Sorge des einzelnen, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch des Kleinbürgertums einerseits und die schwindende Privilegienherrschaft der Besitzenden, insbesondere der jüngeren Generation (Studenten) andererseits, sind die Triebfeder für die Gewaltmethoden und die unerfreulichen politischen Erscheinungen in Berlin, Braunschweig und anderswo. \* \* \*

Wir haben trübe, regnerische Novembertage nicht nur äußerlich, sondern auch in unserem staatlichen Gemeinschaftsleben. Aber die Reaktionswelle, die gegenwärtig aufbrandet, wächst nicht in den Himmel. Die deutsche Arbeiterklasse war einst stolz darauf, der Fels zu sein, an dem sich alle Kräfte der Gegner zuschanden machten und auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden sollte. Es mag sein, daß das ungeheure Verantwortungsgefühl, das die deutschen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie für das deutsche Volk haben, ihr zögerndes Vorgehen nicht immer den Methoden der Gegner gegenüber rechtfertigte. Immer wieder ist die Frage aufgeworfen, sollen wir den Gewaltanbetern und Diktatorhelden nicht doch eines Tages mit den gleichen Waffen antworten, um ihnen endgültig ihre Gelüste auszutreiben? Aber immer wieder wird der besinnliche Gewerkschafter und Sozialdemokrat die Antwort geben: Wir haben die deutsche Republik geschaffen und wir werden die Republik mit ihren Grundrechten im heftigsten Abwehrkampf verteidigen.

Harzburg und Braunschweig mahnen uns: Der 9. November 1918 darf weder vergessen noch verloren werden. Ob wir uns zur Wehr setzen gegen die Begeiferung des „marxistischen Systems“ oder gegen die Rückenangriffe der RGO., das jetzige hochkapitalistische System kracht in allen Fugen! Dieses System ist schuld an der schrecklichen Arbeitslosigkeit, weil weder Planwirtschaft vorhanden ist, noch die Wunderwerke der Technik, die Rationalisierung des Produktionsprozesses in den Dienst der Menschen gestellt wurden, sondern in den Dienst der Profitrate, der Kapitalisten. Wir aber wollen Technik und Maschine befreien und in den Dienst der Menschheit stellen. Das ist der Grundgedanke und die Aufgabe in diesen Novembertagen 1931, da wir erneut den Willen zu einer sozialen Republik bekunden. E. Dittmer.

## Achtung! Betriebsräte!

Durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 ist den Betriebsräten, Arbeiterräten und Angestelltenräten die Berechtigung zugestanden worden, mit dem Arbeitgeber Vereinbarungen zu treffen, wonach ein Teil der Belegschaft in regelmäßigem Wechsel vorübergehend entlassen wird oder die Arbeit aussetzt. Dieser vorübergehend entlassene oder aussetzende Teil der Belegschaft kann mit Zustimmung des Landesarbeitsamtes unter bestimmten Voraussetzungen für diese Zeit Arbeitslosenunterstützung bis zur Hälfte des ihnen bei regulärer Arbeitslosigkeit zustehenden Betrages ohne Abkündigung einer Wartezeit beziehen. — Der hier in Frage kommende § 89b ADABG. hat folgenden Wortlaut:

1. Besteht in einem Betriebe eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat, nach der in regelmäßigem Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend entlassen wird oder vorübergehend die Arbeit aussetzt, so kann der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes anordnen, daß die Ausgeschiedenen, auch wenn sie sonst nicht als arbeitslos anzusehen wären, beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Anordnung soll nur erlassen werden, wenn der Wechsel in der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitabschnitten erfolgt und die während der Regelung im Betriebe arbeitende Belegschaft, ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teiles, nicht wesentlich geringer ist als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. In der Anordnung ist die Höhe der Unterstützung zu bestimmen; sie darf die Hälfte des sonst zustehenden Betrages nicht überschreiten. Von einer Wartezeit (§§ 110 bis 110b) kann abgesehen werden.
2. Die Unterstützung nach Abs. 1 schließt Kurzarbeiterunterstützung aus.
3. Der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes kann seine Befugnis aus Abs. 1 dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes übertragen.
4. Gegen eine Anordnung nach Abs. 1 oder eine Entscheidung, durch die eine solche Anordnung abgelehnt wird, ist ein Rechtsmittel nicht gegeben.
5. Der Präsident der Reichsanstalt kann Bestimmungen zur Durchführung der Abs. 1 bis 3 erlassen.

Falls Arbeitgeber zwecks Abschluß solcher Vereinbarungen an unsere Kollegen Betriebsräte herantreten sollten, ersuchen wir sie dringend, in jedem Falle vorher mit ihrer Ortsverwaltung in Verbindung zu treten. In Ortsverwaltungen ohne Angestellte ist dem Vorstand des Bezirks vor Abschluß einer solchen Vereinbarung Mitteilung zu machen. Ferner dürfte es notwendig sein, vor Abschluß derartiger Vereinbarungen mit dem nach Ziffer 3 zuständigen Arbeitsamt bzw. dem Landesarbeitsamt in Verbindung zu treten, um festzustellen, ob die evtl. abzuschließende Vereinbarung den Erfordernissen aus § 89b genügt und sicher zu erwarten ist, daß der auf Grund einer solchen Vereinbarung aussetzende bzw. nicht tätige Teil der Belegschaft auch tatsächlich Arbeitslosenunterstützung erhalten wird. Streng zu achten ist darauf, daß der Inhalt einer solchen Vereinbarung dem § 89b entspricht und nicht etwa in laufende Tarifverträge eingreift.

Sollten nach Ziffer 5 des § 89b vom Präsidenten der Reichsanstalt Ausführungsbestimmungen erlassen werden, so bitten wir auch diese zu beachten.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Große Mengen Sprengstoff und Sprengkörper entdeckte die Berliner Polizei bei dem KPD-Funktionär Ueberbrück. Bei einer Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses wurden Hinweise auf weitere kommunistische Sprengstoffnesten gefunden. Im ganzen sind etwa drei Zentner Sprengstoff entdeckt und mehrere Personen verhaftet worden.

Die Provinziallandtagswahlen in Frankreich brachten den Sozialisten einen Gewinn von 12 Mandaten = 7,4 Proz.

Bei den Kantonalwahlen in der Schweiz gewannen die Sozialdemokraten mehr als 20 000 Stimmen.

Die englischen Parlamentswahlen brachten der Arbeiterpartei einen Stimmenverlust von 20 Proz. und einen Mandatsverlust von 80 Proz. Im bisherigen Unterhaus betrug die Zahl der Arbeiterstimmen 287, im neuen wird sie nur noch 56 betragen. Die Gegenüberstellung der beiden Prozentziffern zeigt schon die Ungerechtigkeit des englischen Wahlrechts. Das kommt auch noch besonders zum Ausdruck bei folgendem Zahlenvergleich. Die konservative Partei, die einen beispiellosen Mandatsgewinn zu verzeichnen hat (sie stieg von 254 auf 469 Abgeordnete), erreichte schon bei 28 200 Stimmen einen Abgeordneten, während bei der Arbeiterpartei erst auf 149 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt.

Der Reichswirtschaftsrat trat am 29. Oktober unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammen.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, wurde zum Dr. h. c. der Berliner Handelshochschule ernannt.

## Bildungsarbeit

### Der Wert der Betriebsräteschule

Mit den großen Schulferien haben sich auch die Tore unserer Betriebsräteschule geschlossen. Bis zum Beginn der Hochschulen ist Pause. Schüler und Schülerinnen haben in tapferer Ausdauer die vorgeschriebenen Semester durchgehalten. Selbstverständlich ist die Betriebsräteschule nur Abend- und Nachschule. Jetzt gehen die Besucher wieder hinaus in die Betriebe, um hier das Gelernte, das ihnen bisher vom Pulte gepredigt wurde, in die Praxis umzusetzen.

Vor dem Kriege gab es bei uns Anlässe zur Wirtschaftsdemokratie nur in der Gestalt von Arbeiterausschüssen. Ihre Befugnisse waren durch die Reichsgewerbeordnung mehr schlecht als recht geregelt. Erst mit dem Betriebsrätegesetz, das Anfang 1920 in Kraft trat, wurde der Wirkungskreis der gesetzlichen Betriebsvertretung so erweitert, daß man dieses Gesetz wohl als Beginn der Entwicklung zur vollen Wirtschaftsdemokratie bezeichnen kann. Das Betriebsrätegesetz stellt den Arbeiter vor Aufgaben technischer, betriebswirtschaftlicher, sozialkaufmännischer und all-gemeinwirtschaftlicher Natur, denen er nicht in jedem Falle sofort gewachsen ist. Es gibt zahllose Beispiele, bei denen intelligente Gewerkschaftler sich unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten in den verwickelten Aufgabenkreis eines Betriebsrates glänzend eingearbeitet haben und auf diese Weise so manches für die Arbeiterschaft durchsetzen. Es gibt aber auch Beispiele, bei denen es an richtigen Personen mangelt, so daß mancher Vorteil, der für eine Belegschaft herauszuholen gewesen wäre, eben nicht herausgeholt wurde. Diesem Uebel abzuwehren, neue Kräfte für die Aufgaben der Betriebsräte heranzubilden, schon vorhandene weiter-zuschulen, sie mit den einschlägigen Fragen bekannt zu machen, ist Zweck der von den Gewerkschaften geschaffenen Betriebsräteschule.

Es fragt sich, in welcher Weise die Betriebsräteschulen ihre Aufgaben zu lösen suchen. Hier schreibt ihnen die Praxis des Betriebsrates den Aufgabenkreis vor. Da sind zunächst Anforderungen, die an die Fertigkeit des sprachlichen und schriftlichen Ausdrucks eines Betriebsratsmitgliedes gestellt werden. Nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form, in der eine Meinung zum Ausdruck gebracht wird, ist oft mit entscheidend. Die sprachlichen und schriftlichen Uebungen in der Betriebsräteschule wollen in dieser Hinsicht fördernd und hebend wirken. Der Inhalt einer Meinung bleibt dabei natürlich die Hauptsache. Und da ist es ohne eingehende Kenntnis gewisser wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Tatsachen nicht immer getan. Es sei hier nur an die Fragen der Betriebsorganisationen, an die Buchführung, an volkswirtschaftliche Probleme, wie Bank- und Börsenwesen, Genossenschaftswesen, gewerkschaftliche Organisationen, Arbeitgeberorganisationen, Kartellierung erinnert, ferner an die Gebiete des gewerblichen und sozialen Rechts, an Tariffragen, Arbeitsgericht, Reichsversicherungsordnung mit den Sondergebieten der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, außerdem Erwerbslosenversicherung, Arbeitsvermittlung und Berufsberatung usw. Hier ist die Hauptaufgabe der Betriebsräteschulen gegeben, nämlich Einführung des Arbeiters in die Rechtsordnung, die sich nach und nach um sein wirtschaftliches und soziales Dasein aufbaute. Man könnte der Meinung sein, daß eine eingehende Kenntnis des Betriebsrätegesetzes genüge. Aber gerade die eingehende Kenntnis dieses Gesetzes führt ja von selbst auf die oben umrissenen Aufgabengebiete. Will ein Betriebsrat im Sinne des Gesetzes, das ja nicht nur die Vertretung der Arbeiterinteressen, sondern, darüber hinaus Mitarbeit am Gesamtbetrieb fordert, ideal seine Aufgaben erfüllen, dann kommt er ohne eingehende Beschäftigung mit den modernen Wirtschafts- und Rechtsfragen nicht aus. Die Betriebsräteschule versucht in entsprechenden Kursen diesen Anforderungen an den Betriebsrat gerecht zu werden.

Welchen Nutzen zieht die Arbeiterschaft aus einer solchen Einrichtung? Auch diese Frage kann zunächst am besten von der praktischen Seite beantwortet werden. Es ist bekannt, daß dort, wo sich ein tüchtiger, kenntnisreicher, sich seiner Stellung bewußter Betriebsrat befindet, die Interessen der Belegschaft am besten gewahrt werden. Nicht mit radikalen Reden in Betriebsversammlungen ist es getan, sondern mit Sachkenntnis und fleißiger, zäher Arbeit. Jeder Unternehmer sollte wissen, daß er niemals gegen den Betriebsrat seines Betriebes etwas durchsetzen kann, sofern diesen Betriebsrat nur eine Stelle des Gesetzes deckt. Tüchtige Betriebsräte heranzubilden, ist das Ziel der Schule!

Otto Liebscher, Dresden.

# Unsere Jugend

## Jugend und Revolution

Ein Wirbelsturm ungeheuren Erlebens braust über die Menschheit unserer Tage dahin. In diesem Sturm des Erlebens begehen wir den dreizehnten Jahrestag der deutschen Revolution — den 9. November. Krisen waren das Erleben der letzten Jahre, Krisen sind das beherrschende Moment der Gegenwart, Krisen, die einzig sichere Perspektive der nächsten Zukunft. Durch Krisen ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung mächtigen Erschütterungen ausgesetzt. An allen Ecken und Enden kracht die Zwingsburg der Menschheit. Der Krieg, die Revolution haben uns aufgerüttelt aus unserem Schlaf. Kriege, heißt es, sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Diese Lokomotive mit ihren schier endlosen Wagen, mit ihren Anhängern hat noch nicht ihr Ziel erreicht; sie rollt dahin, ihr Führer ist der Sozialismus.

Wir Jungen wollen den Kampf unserer Väter weiterführen. Jugend ist Tat; Jugend ist Brandfackel! So wie die brennende Fackel das lodernde Feuer zündet, so soll unser Kampf zum Kampf der Menschheit zünden! Erkennen wir die Freude, aber auch den ganzen gewaltigen Ernst des Kampfes, der uns bevorsteht, und dann: Jugend voran! Dieser Ruf kommt nicht von den Alten, nein, es ist ein Ruf, der aus uns Jugend selbst herauskommt, die es sich nicht nehmen läßt, im Freiheitskampf stets voran zu sein.

Wir Jugend sind die Morgenröte des kommenden Geschlechts! Wir sind die treibende Kraft! Wo immer es Revolutionen gab und wo immer sie erfolgten, immer war es die Jugend, die den Schlachtruf der Französischen Revolution: „Liberté, Egalité, Fraternité“ stürmisch heiligte. Ohne Jugend ist keine Revolution denkbar. Revolutionäre sind jugendliche Menschen und junge Menschen geborene Revolutionäre. Selbst noch in Wandlung, Gärung, körperlichem und seelischem Werden begriffen, ist sie bereit, das Alte und Ueberlebende zu stürzen, das Neue begeistert aufzubauen. Lachend setzt sie sich über Hemmnisse und Befürchtungen, die von den früheren Generationen geschaffen, von den Alten verteidigt, hinweg. Die Jugend — das bist du, Mädchen, und du, Bursche, das sind wir Jugendfreunde — trägt die Glut in sich, die Begeisterung und den Willen, die Welt zu erobern und die Gesellschaft zu formen nach den alten Grundsätzen unserer Väter: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Der 9. November ist dem zehnten, elften usw. gewichen. Möge nun wieder der Druck der Fabrik, des Kontors, der Werkstatt auf uns liegen, wir haben einen Tag geschaffen aus unserer Kraft, der uns ein Einblick im Leben ist: Wir sind die Kraft! Wir sind der Wille! Wir sind die Tat!

H. Kie lg a s t.

## Aus unserer Bewegung

Altenburg i. Thür. Kollege K. M i e r s c h, Dresden, hielt vor unseren Mitgliedschaften Meuselwitz, Schmölln und Altenburg am 15., 16. und 17. Oktober je einen Lichtbildervortrag. Er führte uns in 140 farbigen Bildern von Hamburg durch die Nordsee, den Kanal von Dover, an der größten Festung Gibraltar vorbei nach Kairo, den ägyptischen Pyramiden und zeigte alle wichtigen Sehenswürdigkeiten, Land und Leute. Dann ging es durchs Rote Meer, an Bergen und ungeheuren Wüsten vorbei durch den Indischen Ozean nach der Insel Ceylon, dem Paradies der Südsee. Meeresleuchten, Meeresstürme und Meeresstimmungsbilder gingen an dem Auge vorüber. Am herrlichsten waren die Bilder von der Insel Ceylon. Herrliche Landschaften und Bauten sowie die Hütten der Armen wurden gezeigt. Wohlstand und Elend zog an dem Auge vorbei. Der Vortrag erfolgte von Anfang bis Ende.

Halle a. d. S. In der Vertreterversammlung am 24. Oktober erstatteten die Kollegen Thleme und Ferchlandt den Geschäftsbericht. Trotz Wirtschaftskrise und Notverordnungen ist es gelungen, Erfolge zu erzielen und rigorose Verschlechterungen abzuwehren. Auch der Kassierer O e l s c h l ä g e r konnte einen guten Kassenbericht geben. In der Diskussion billigte der Delegierte S c h r e i b e r, Nietleben (RBA) bei aller Kritik die getroffenen Sparmaßnahmen. Auch die Werbeaktion, die bereits begonnen hat, fand die Zustimmung aller Funktionäre, wobei besonders Kollege Rajokat eindringlich die weitere Verwendung von Filmen, Lichtbildern, Aufklärungsvorträgen für notwendig erachtete. — Daneben kamen sozialpolitische Fragen zur Beratung. Es wurde festgestellt, daß in einzelnen Bezirken infolge der rigorosen Herabsetzung der Unterstützungssätze die Sozialrentner in eine außerordentlich bedrängte Lage geraten, während zugleich in der Frage der Ruhegehälter der öffentlichen Arbeitnehmer erhebliche Unsicherheit besteht. Zudem werden noch gesetzliche Verschlechterungen gefordert.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB der Provinzen Brandenburg und Grenzmark am 24. und 25. Oktober 1931 in Berlin. Nach einem instruktiven Vortrag des Kollegen Dr. Selbach über die wirtschaftlichen Probleme sowie einem Vortrag des Kollegen Ernst Schulze vom ADGB über Wirtschaft und Politik nach den Beschlüssen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, konnte der Berichtstatter des Bezirksausschusses an Hand von einwandfreien Zahlen die riesige Arbeitslosigkeit in dem beiden Landesteilen Preußens nachweisen. Diese Arbeitslosigkeit zeigt folgendes Bild:

Verbände	Zahl der Mitglieder	Darvon arbeitslos	In Proz.	Verbände	Zahl der Mitglieder	Darvon arbeitslos	In Proz.
Müller	1.835	1.376	75	Geztilarbeiter	25.100	6.124	24,4
Holzarbeiter	39.617	20.794	52	Metallarbeiter	99.949	23.566	23,4
Baugewerksbund	57.327	27.222	47,5	Maschinen	7.185	1.607	22,3
Schmied	10.337	4.725	45,7	Schloßer	5.617	1.205	21,7
Maler	4.751	2.246	47,3	Buchdrucker	21.117	3.964	18,8
Sattler	4.726	2.036	43	Handarbeiter	8.452	1.837	21,6
Kupfer Schmiede	1.248	519	42	Frisseure	499	86	17
Lebendarbeiter	1.648	654	40	Landarbeiter	12.753	1.309	10
Steinarbeiter	3.540	1.086	30,9	Schornsteinfeger	401	88	22
Bekleidungsarbeit.	7.657	2.702	35,4	Gesamt-Verband	146.658	11.671	8
Buchbinder	11.874	4.445	37,4	Melker	1.672	92	5,5
Graph. Hilfsarbeit.	10.466	2.556	24,4	Eisenbahner	19.852	489	2,4
Tabakarbeiter	3.528	860	24,4	Währungsmitgl.	26.621	462	1,7

Welch ein Elend drücken diese Zahlen aus und dieses Elend tritt noch krasser in die Erscheinung, wenn die Länge der Arbeitslosigkeit mit in Betracht gezogen wird. Unter diesen Erwerbslosen befinden sich Personen, die seit zwei Jahren keine Beschäftigung mehr gehabt haben und trotz alledem treu zur Organisation halten. Hier ist die Treue wahrlich kein leeres Wort. — Eine Aufzeichnung zeigt die segensreiche Einwirkung der Gewerkschaften, und zwar auf dem Gebiete der Rechtspflege. Vor den Arbeitsgerichten wurden im Jahre 1930 in Berlin 69.212, Regierungsbezirk Potsdam 7500, Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. 7391 und Regierungsbezirk Schneidemühl 1602, insgesamt 85.705 Streitfälle zum Austrag gebracht. Hinzu kommen noch 3405 Streitfälle vor dem Landesarbeitsgericht. Nahezu 80 Proz. dieser Fälle fielen zugunsten der Arbeitnehmer aus und am sichersten diejenigen Fälle, in denen die Gewerkschaftsvertreter die Klagenvertretung übernommen hatten. — Eine weitere Aufzeichnung weist nach, daß in der Provinz Brandenburg 23 Hauptberufsgruppen vorhanden sind mit einer Personenzahl von 3.150.189, hiervon entfallen auf Berlin 1.789.128. In diesen Zahlen sind die Gruppen: Freie Berufe, Hausangestellte, Gesundheitswesen, Verwaltungen nicht miteingebegriffen. In den Handels- und Verkehrsbetrieben werden rund 730.000 Personen beschäftigt, von denen mindestens 230.000 für den Gesamt-Verband als Rekrutierungsfeld in Betracht kommen. Wenn auch 146.658 Personen bereits dem Verbandszugehörig sind, so bleibt immerhin, unter Hinzurechnung der oben nicht mit erfaßten Berufe noch eine große Zahl der Nichtorganisierten übrig. Auch für uns lautet die Parole: Wo bleibt der zweite Mann? — Nach eingehender Diskussion nahm die Konferenz Resolutionen einstimmig an, die sich gegen die Spalter und Quertreiber, gegen die Harzburger Tagung der Reaktion sowie gegen alle diejenigen richten, die die freien Gewerkschaften sprengen wollen. Des weiteren wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß als politische Interessenvertretung nur die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Betracht kommt. Ferner erklärte sich die Konferenz mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M. voll und ganz einverstanden. Sie lehnte außerdem den freiwilligen Arbeitsdienst ab. Dem Bezirk 5 unseres Gesamt-Verbandes waren auf der Konferenz 17 Mitglieder vertreten. Kollege A. G e b e r t wurde wieder als Bezirksausschüßmitglied gewählt.

## RUNDFUNK

Königswusterhausen. (Deutsche Welle) — In der Vortragsreihe „Die Welt des Arbeiters“ wird am 13. November (19.30 bis 19.55 Uhr) über das Thema „Panik im Mittelstand“ gesprochen werden. — Im Rahmen des volkswirtschaftlichen Funkgesprächs am 11. November (19.30 bis 19.55 Uhr) Regierungsrat a. D. M a s m a n n über „Ländliche Siedlung — ein Weg aus der Wirtschaftskrise“. — In der Vortragsreihe „Weltanschauung und Gegenwart“ spricht am 10. November (20.15 bis 21 Uhr) über „Sozialismus und die geistige Lage der Gegenwart“. Als Hauptredner ist Professor R a d b r u c h (Heidelberg) und als Korreferent ist Professor T i l l i c h und Professor H. d e M a u verpflichtet.

# RUNDSCHAU

„Adelschloß und Elendshütte. — Die „Volksgemeinschaft“ im „Dritten Reich“. Führer- und Spitzenkandidat der pommerischen Nazis ist der Fideikommißbesitzer Walter v. Corswant in Cunzow bei Jarmen in Vorpommern. Herr Corswant erregte schon dadurch berechtigtes Aufsehen, daß er statt deutscher Landarbeiter polnische Wanderarbeiter beschäftigt. Mit Verlegenheitsphrasen suchten die Nazis diese seltsame Auffassung nationaler Gesinnung zu bemänteln. Der pommerische Nationalhelden beschäftigt aber nicht ausschließlich polnische Landarbeiter, sondern er hat sich auch mit einer SA-Garde umgeben, die so eine Art persönlicher Leibwache darstellt. Diese Privatgarde des Herrn Corswant macht die umliegenden Dörfer und Städte unsicher. Die übrigen Arbeiter auf dem Rittergut sind arme Heloten, die sich mäusehinstill verhalten,

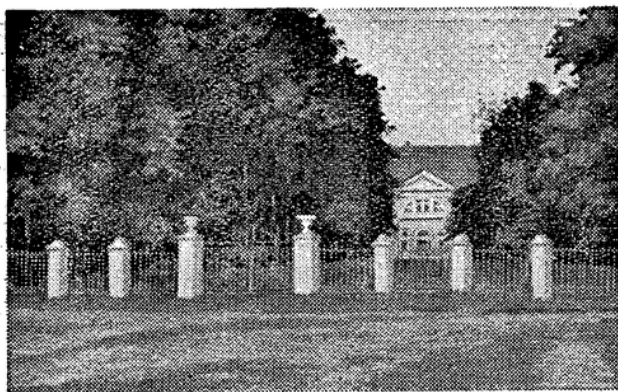


Abb. 1. Auf diesem prächtigen Schloß residiert der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Gauführer von Pommern, Herr v. Corswant . . .

um nicht den Unwillen ihres Arbeitgebers zu erregen. — Inmitten eines wundervollen Parkes liegt breit und prächtig das Schloß des „Arbeiterführers“ von Corswant. Hier „residiert“ genau so „armselig“ wie die Pg.s Lahnusen in Bremen und der „Duce“ des „Braunen Hauses“ in München, Pg. v. Corswant. Die Pg.s und SA-Männer aber, die als Landarbeiter und Viehfütterer auf dem Gut tätig sind, dürfen nur durch den schönen Zaun zum Eingang des Herrenhauses, in dieses Naziparadies schauen. Ihr Reich sind die elenden, feuchten und schmutzigen Strohkaten an der staubigen Dorfstraße. Mit Schweinen und Ziegen müssen

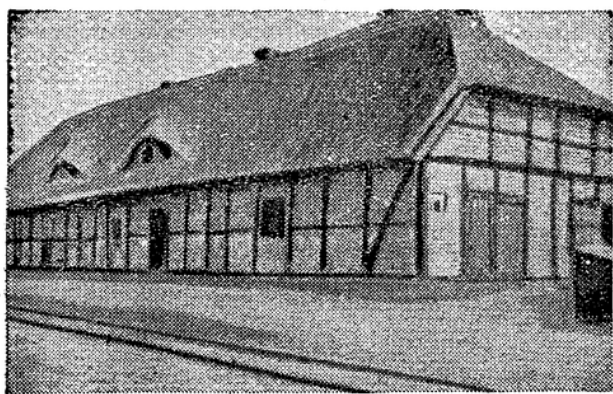


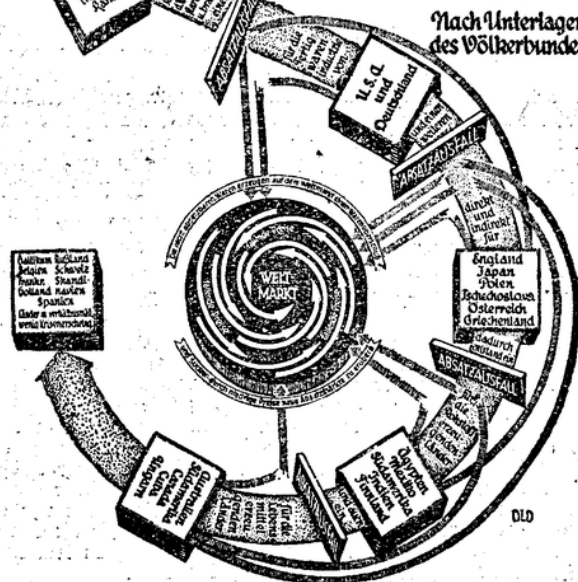
Abb. 2. . . . und hier hausen teine Pg.s und SA-Gutsarbeiter in elenden, feuchten Strohkaten mit Ziegen und Schweinen unter einem Dach.

Sie unter einem Dache hausen. Die „soziale Gleichberechtigung“ steht wohl im Programm der Nationalsozialisten, aber für die Führer gelten diese Paragraphen nicht. — Hier sieht man die wahre Tendenz der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“: Knecht muß Knecht bleiben! Der Pg. Gutsherr wohnt in einem Prunkschloß, umgeben von Luxus, und die Pgg. Arbeiter hausen in elenden Löhern, die für die Kutschpferde des „Herrn“ viel zu schlecht sind. Sind die von den Nazis versführten Proleten wirklich so dumm, daß sie nicht merken, wie sie von den Großagrariern und den Großindustriellen als Prätorianergarde gegen die um ihre Freiheit ringende Arbeiterschaft mißbraucht werden? Unsere Aufnahmen zeigen deutlich die „Volksgemeinschaft“, die in einem „Dritten Reich“ nicht nur in Cunzow, sondern allerwärts erblickt werden würde.

Wer arbeitet mit? Mehr als alle anderen Organisationen sind die Gewerkschaften an der Erhaltung des Friedens interessiert. Weil im Krieg nicht nur Leben und Gesundheit der Menschen bedroht, sondern auch die Grundlagen jeder Gewerkschaftsarbeit zerstört und die Lebenshaltung der Massen unter das Existenzminimum herabgedrückt werden. Besonders die freien Gewerkschaften sind daher heute die stärksten Förderer des Friedensgedankens, die stärksten Stützen jeder Antikriegsfront. Mehr noch: der stärkste Schutz gegen den Ausbruch neuer Kriege überhaupt. Aber angesichts der Entwicklung der Kriegstechnik, die kleine Spezialtruppen an die Stelle der Millionenheere setzt, und angesichts der Riesenarbeitslosigkeit, die einen Generalstreik der in Arbeit Stehenden als letztes Mittel gegen den Ausbruch eines Krieges vielleicht unwirksam machen würde, genügt die rein gewerkschaftliche Arbeit zur Sicherung des Friedens nicht. Wie im Kriege gilt auch im Kampf gegen den Krieg die militärische Lehre, alle Kräfte auf einen, auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Und der Punkt, an dem heute alles scheitert: jede Verständigung zwischen den Völkern, jede wirksame Abrüstung oder auch nur Rüstungsverminderung und jede wirkliche Sicherung des Friedens — soweit das im kapitalistischen System möglich ist — dieser Punkt ist der deutsch-französische Gegensatz. Hier gilt es, alle Kräfte einzusetzen. Hier ist eine Arbeit, die nicht von unseren Führern allein, die überhaupt nicht von einigen wenigen geleistet werden kann. Hier müssen und können alle mithelfen! Es gilt, eine Volksbewegung in Deutschland und Frankreich zu entfachen, die stark genug ist, den Friedenswillen der beiden Völker auch der Politik der Regierung aufzubringen! Wer an diesem schweren, aber erfolgversprechenden Verständigungswerk mitarbeiten will, wird gebeten, Namen und Adresse einzusenden an Kurt Heißhut, Dresden-A., Wettiner Platz 10.

Eine Erklärung des Völkerbundes über die Entstehung der Weltwirtschaftskrise. Das Ergebnis einer Völkerbundsuntersuchung über den Verlauf und die Phasen der Weltwirtschaftskrise wurde von uns in dem nachstehenden Schaubilde zusammengefaßt. Als Hauptursache der Weltwirtschaftsdepression sieht die Denkschrift

## Die Weltkrise und ihre Ausbreitung



den Ausfall der großen Absatzmärkte in Ostasien und Südamerika, wo die Silberwährung zusammenbrach, und dann in Rußland als Folge des Bolschewismus an. Der Absatzausfall, der sich von diesen Ländern, die ihre Kaufkraft verloren haben, über die Welt fortlagte, bewirkte also schließlich das allgemeine Schwenden der Nachfrage und damit das Sinken der Preise auf dem Weltmarkt. Diejenigen Länder, die Einkauf und Absatz zum größten Teil in Europa vornehmen, seien deshalb von der Wirtschaftskrise vorläufig noch am meisten verschont geblieben. Erst die Verschärfung des Kampfes um das Währungsgold hat auch in diesen Ländern in jüngster Zeit die Wirtschaftskrise stärker in Erscheinung treten lassen.